



Nr. 298 | 20.09.2022

Polen-Analysen

Der Landesaufbauplan – Konflikt und Kontext

■ ANALYSE		
Der Konflikt der polnischen Regierung um den Landesaufbauplan – der europäische und der innenpolitische Kontext		2
Janusz A. Majcherek, Krakau		
■ DOKUMENTATION		
Offizielle Website der Regierung der Republik Polen: Über den Landesaufbauplan		7
Die Europäische Kommission: Der Aufbau- und Resilienzplan Polens		9
■ CHRONIK		
06. – 19. September 2022		10

Der Konflikt der polnischen Regierung um den Landesaufbauplan – der europäische und der innenpolitische Kontext

Janusz A. Majcherek, Krakau

DOI: 10.31205/PA.298.01

Zusammenfassung

Polen ist einer der letzten Staaten der Europäischen Union, der noch nicht die finanziellen Mittel des Aufbauprogramms nutzt, das beschlossen wurde, um die von der Corona-Pandemie gebeutelte Wirtschaft der EU-Mitgliedsländer wiederzubeleben. Immer mehr deutet darauf hin, dass es diese auch nicht erhalten wird, solange die jetzige rechtspopulistische Regierung am Ruder ist. Sie könnte allerdings die Regierungsmacht bei den Parlamentswahlen im kommenden Jahr verlieren. Die Unfähigkeit, die EU-Finanzmittel zu bekommen, scheint einer der beschleunigenden Faktoren der zunehmend wahrscheinlichen Wahlniederlage der aktuellen Regierungsmannschaft in Polen zu sein.

Das europäische befristete Instrument der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) wurde von der Europäischen Union mit einer Summe von mehr als 720 Milliarden Euro verabschiedet. Es hat zum Ziel, die von der COVID-19-Pandemie in Mitleidenschaft gezo- gene Wirtschaft der EU-Mitgliedsländer wiederzubeleben und zu reformieren, und ist der wichtigste Teil des größeren Projektes *NextGenerationEU*, das mit gut 800 Milliarden Euro dotiert ist. Im Rahmen dieses größeren Programms wurden Polen in Form von Zuwendungen und Niedrigzinsanleihen insgesamt 58 Milliarden Euro zuerkannt. Addiert mit der Summe aus dem mehrjäh- rigen Finanzrahmen 2021–2027, dem »Haushalt« der EU, ergab sich für Polen die imponierende Gesamt- summe von 770 Milliarden Zloty. Diese erhalten zu haben wurde von der Regierung und den regierung- nahen Propagandamedien als großer Erfolg gefeiert, der neue, herausragende Entwicklungsperspektiven für das Land eröffnet, was auf zahllosen Plakaten und Wer- betafeln in ganz Polen verkündet wurde. Die polnische Regierung und anschließend das von der Regierung- mehrheit kontrollierte Parlament verabschiedeten den Landesaufbauplan (*Krajowy Plan Odbudowy – KPO*) und schrieben die ausgehandelten Summen konkreten Zielen und Vorhaben zu, darunter 54 Investitionen und 48 Reformvorhaben (beispielsweise des Gesundheitssys- tems und des Arbeitsmarktes).

Aufgrund der in Ungarn und Polen zunehmenden Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit forderten zahlrei- che Abgeordnete des Europäischen Parlamentes sowie einige Mitglieder der Europäischen Kommission, ins- besondere ihre Vizepräsidentin und Kommissarin für Werte und Transparenz, Věra Jourová, dass die Ent- scheidung, den Ländern konkrete finanzielle Mittel zu gewähren, von der Einhaltung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit in den betreffenden Ländern abhän- gig gemacht wird, nach dem Motto »Geld gegen Rechts-

staatlichkeit«. Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki akzeptierte diese Koppelung auf dem EU- Gipfel im Dezember 2020, denn laut offizieller Inter- pretation der polnischen Regierung gibt es in Polen keine Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit. Diese Art Ein- wände und Bedingungen würden Polen also nicht betref- fen. In der Tat aber mehrten sich die Gründe für Vor- behalte, und das Geld aus dem Aufbaufonds war und bleibt für Polen unzugänglich.

Der Streit mit der Europäischen Kommission und seine Ursachen

Ein wichtiger Grund sind die weitreichenden und radi- kalen Änderungen im Gerichtswesen, welche die rechts- populistische Regierungsmannschaft unter dem Namen Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) bzw. Vereinigte Rechte (*Zjednoczona Prawica*) seit ihrer Machtübernahme im Jahr 2015 durchsetzt. Sie strebt an, das Gerichtswesen der politischen Macht unterzu- ordnen, wobei praktisch dessen Unabhängigkeit sowie auch die Gewaltenteilung aufgehoben werden.

Im Rahmen dieser Aktivitäten wurden fast vollstän- dig untergeordnet (indem loyale und gefügige Perso- nen berufen wurden, manches Mal unter Verletzung der geltenden Prinzipien): das Verfassungstribunal und teilweise das Oberste Gericht, der Landesjustizrat (der über die Nominierung von Richtern entscheidet) sowie die Mehrheit der allgemeinen Gerichte (da »vertrau- enswürdige« Richter als Gerichtspräsidenten eingesetzt wurden). Hinzu kommen Repressalien und Schika- nen gegenüber Richtern, die sich gegen dieses Vorge- hen einsetzen und gegen die Verletzung ihrer berufli- chen Unabhängigkeit protestieren. Das Vorgehen wurde auch mehrfach von den europäischen Gerichten in Frage gestellt und angefochten, deren Urteile die Regierung der Republik Polen allerdings nicht respektiert – obgleich das täglich steigende Geldstrafen zur Folge hat (inzwi-

schen liegen sie mit einer Million Euro pro Tag bei Hunderten Millionen Euro Gesamtsumme). Das gefügig gemachte Verfassungstribunal verkündete auf Antrag der Regierung den Vorrang der polnischen Verfassung vor dem EU-Recht, was dem Regierungslager erlaubt, Letzteres zu ignorieren. Da die von den europäischen Gerichten angefochtenen und untersagten Aktivitäten der polnischen Machthaber jedoch nicht aufhören, verweigert die Europäische Kommission konsequent die Auszahlung der zugesprochenen Finanzmittel aus dem Aufbauplan.

Die Kalkulation der aus rechten Populisten bestehenden Regierungsmannschaft ist, dass der Streit um die Rechtsstaatlichkeit die Europäische Kommission schließlich ermüdet und sie die zugesagten Mittel freigibt. Diese Hoffnung wuchs nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine (Februar 2022) und der daraufhin umfassend erteilten Hilfe der polnischen Regierung und Gesellschaft für die Ukraine und die Ukrainer, wozu auch die Aufnahme von mehreren Millionen Flüchtlingen und deren Versorgung gehört. Nach der Vorstellung der Regierungsmannschaft sollte das das Bild Polens verbessern und die europäischen Politiker sowie die europäische öffentliche Meinung und letztlich auch die Europäische Kommission wohlgesonnen stimmen.

Die Europäische Kommission blieb allerdings standhaft und stellte konkrete Bedingungen für die Freigabe der Mittel für den Landesaufbauplan auf (sog. Meilensteine, nach deren Erreichen die Überweisung der Finanzmittel erfolgen soll). Es stellte sich heraus, dass Ministerpräsident Morawiecki sie ohne Konsultation seiner Regierung akzeptiert hatte. Das rief den Protest einiger Mitglieder hervor, insbesondere in der formal eigenständigen Partei Solidarische Polen (*Solidarna Polska*) von Justizminister Zbigniew Ziobro. Sie ist die am stärksten antieuropäische Fraktion im Regierungslager, verantwortlich für die Zerstörung des Gerichtswesens, die unter der Führung und Aufsicht Ziobros durchgeführt wurde. Von den genannten »Meilensteinen« gibt es 115, und die Gesamtzahl der Bedingungen, die zu erfüllen sich Morawiecki verpflichtet hat, beläuft sich auf ca. 300. Sie umfassen unterschiedliche und detaillierte Fragen der Infrastruktur, insbesondere die wirtschaftliche Transformation hin zur »Nullemission«, aber auch die Rechtsstaatlichkeit, die der Hauptkonfliktpunkt zwischen der polnischen Regierung und der Europäischen Kommission ist.

Ein besonderes Streitthema wurde die vom Regierungslager willkürlich eingerichtete Disziplinarkammer beim Obersten Gericht. Der Verlautbarung zufolge sollte sie über die Einhaltung der beruflichen Disziplin und der hohen ethischen Standards der Richter wachen. In der Praxis zeigte sich, dass sie dazu diente, Richter für

ihre Urteile oder Äußerungen zu schikanieren, die nicht mit den Erwartungen und der ideologischen Linie der politischen Machthaber übereinstimmten. Viele widerständige Richter wurden aus der Urteilsprechung entlassen, was de facto einem Ausschluss aus ihrem Beruf gleichkommt, andere wurden auf andere Art und Weise bestraft. Die Europäische Kommission forderte die Auflösung der Kammer, wozu sich Morawiecki als »Meilenstein« verpflichtet hatte. Auf Antrag von Staatspräsident Andrzej Duda, der im Allgemeinen als unkritischer Handlanger des politischen Willens der Regierungsmannschaft agiert, mit der er verhandelt ist, wurde der Entwurf zur formalen Auflösung der Disziplinarkammer präsentiert. Tatsächlich handelt es sich aber um ihre Umwandlung in ein fast identisches Organ, das Kammer für berufliche Verantwortung genannt wird. Die Europäische Kommission akzeptierte diese Irreführung nicht und lehnte die Freigabe von Finanzmitteln für den Landesaufbauplan ab. Jedoch wurde dieser schließlich durch den Rat der Europäischen Union akzeptiert, der die im Landesaufbauplan vorgestellten Projekte und dafür veranschlagten EU-Mittel bestätigte.

Diese Entscheidung wurde allerdings von den vier größten europäischen Richtervereinigungen vor den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) gebracht. Die europäischen Richter erachten die Bestätigung des Landesaufbauplans als unberechtigt, da die polnische Regierung die Urteile des EuGH nicht respektiert; die Richtervereinigungen fordern daher ihre vollständige Umsetzung.

Die Verschärfung der antieuropäischen Propaganda und der Konflikt in der Regierung

Ziobro und die anderen radikal antieuropäischen Mitglieder der Regierungsmannschaft haben Morawiecki vorgeworfen, sein Wort nicht zu halten und Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Kommission hinter ihrem Rücken und ohne ihre Zustimmung einzugehen. So erhielt der bereits seit längerer Zeit bestehende Konflikt im Regierungslager zwischen Ziobro und Morawiecki und weiter gefasst zwischen den rechtspopulistischen Radikalen, die bereit sind, Polen aus der Europäischen Union zu führen, und den Anhängern von Verhandlungen mit der Europäischen Union neue Nahrung.

Morawiecki galt als Vertreter der Letztgenannten; er wurde 2017 von PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński für das Amt des Ministerpräsidenten auserkoren, mit der Aufgabe, die Beziehungen zur Europäischen Union zu verbessern. Dazu sollten ihn seine Karriere im polnischen Tochterunternehmen der Santander Bank, seine fließenden Englischkenntnisse (was im aktuellen Regierungslager eher eine Seltenheit ist) und seine Praxiser-

fahrung auf der internationalen Bühne und mit ihren Gepflogenheiten prädestinieren. Es heißt, ein anonym, hochgestellter deutscher Beamter der Europäischen Kommission soll vor einiger Zeit eine SMS-Nachricht von Morawiecki mit der Bitte um Hilfe bei Kontakten mit der Kommission erhalten haben. Sie soll unterschrieben worden sein mit »der letzte Europäer in der Regierung«. Die rechtsnationalistischen Radikalen halten Morawiecki für zu unterwürfig gegenüber den angeblich übergriffigen und unbegründeten Forderungen der Europäischen Kommission, auch wenn er sich selbst häufig und gern kritisch über die Europäische Union äußert. In jüngster Zeit hat er allerdings die Radikalen seines eigenen Regierungslagers öffentlich kritisiert und ihnen unterstellt, verantwortlich dafür zu sein, dass die Finanzmittel aus dem europäischen Fonds nicht zugänglich sind, während er bereit sei, sich weiter um sie zu bemühen.

Auf einem Treffen mit Wählern im Juli wurde *PiS*-Präsident Kaczyński, der informelle Regierungschef, nach seiner Haltung zur Europäischen Union gefragt und den Forderungen, die ihre Institutionen stellen. Seine Kritik fasste er wütend so zusammen: »Schluss mit lustig!« Mit dieser umgangssprachlichen Redewendung brachte er die Absicht zum Ausdruck, der angeblichen Willkür Einhalt zu gebieten und keine Nachsicht und Verständnis mehr zu üben. Diese Antwort wurde als Unterstützung für die harte Linie Ziobros und der anderen antieuropäischen Regierungsmitglieder gedeutet. Bisher waren manche politischen Kommentatoren davon ausgegangen, dass Kaczyński eine unfreiwillige Geisel von Ziobros Equipe ist, ohne die das Regierungslager seine dünne Mehrheit im Parlament verlore, weshalb er ihre Forderungen nicht offen zurückweisen könne. Jetzt dominiert die Einschätzung, dass Kaczyński selbst die harte antieuropäische Linie in der Politik und der Propaganda übernommen hat und vorgibt.

Die Akteure des rechtspopulistischen Regierungslagers wanken jedoch zwischen einerseits der Versuchung, die Dutzende Millionen Euro zu bekommen und auszugeben, die häufig auch schon in viele Projekte und Vorhaben eingeplant sind, und andererseits der Abneigung, die Anforderungen zu erfüllen, von denen die Vergabe der Summen abhängig gemacht wird, bei gleichzeitigem Bewusstsein des politischen Risikos, das mit dem Verlust der Mittel verbunden ist. Die Regierungspropaganda wechselt also häufig die Richtung und in den Äußerungen der Regierungsmitglieder manifestiert sich eine Dissonanz. Nach der Aushandlung der finanziellen Unterstützung der Europäischen Union wurden die Mittel, die sich daraus ergeben sollten, als Erlösung für Polen dargestellt und als großer Verhandlungserfolg der Regierung. Nach der Zurückhaltung der Auszahlung wurde entweder die Bedeutung der Mittel baga-

tellisiert oder den EU-Institutionen die Schuld für die Blockierung zugeschrieben, obwohl sie doch den Polen und Polinnen in Gänze zustünden. Manches Mal wird also die Bedeutung der europäischen Finanzmittel für die polnische Wirtschaft kleingeredet, manchmal wird der Schaden aufgebläht, der Polen zugemutet wird, weil die Europäische Kommission die Gelder zurückhält.

Die Schuld für den Konflikt zwischen dem polnischen Regierungslager und den EU-Institutionen wird jedoch unverändert Letzteren zugeschrieben. Der Propaganda zufolge hat die polnische Regierung alle Bedingungen erfüllt, was die Europäische Kommission nicht anerkennen will. Die antieuropäische Rhetorik wird also verfestigt.

Die Reaktion der Gesellschaft und der Opposition

Die Reaktion der Gesellschaft und der Opposition blieb bisher wirkungslos. Im Juni wurde mit 92 Prozent der in der Geschichte bisher höchste Zustimmungswert der Polen für die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union erreicht. 70 Prozent sprachen sich dafür aus, dass die Regierung die Änderungen in der Justiz zurücknehmen solle und auf diese Weise ermöglicht, die Gelder aus dem europäischen Aufbaufonds zu erhalten.

Diese radikale Differenz zwischen der offiziellen Propaganda und der öffentlichen Meinung kann einer der Hauptgründe für den zu erwartenden Machtverlust des gegenwärtigen rechtspopulistischen Regierungslagers bei den Parlamentswahlen 2023 sein – umso mehr, als die gesamte Opposition proeuropäisch ist und Hoffnung macht, dass im Falle der Regierungsübernahme ein Weg aus der Sackgasse in den Beziehungen zu den europäischen Institutionen gefunden wird, um die zugesprochenen Finanzmittel zu bekommen.

Allerdings kam es mit Blick auf den Landesaufbauplan innerhalb der Opposition zu Missverständnissen und Reibereien. Die Fraktion Die Linke (*Lewica*) hat das Projekt im Sejm unterstützt und argumentierte, dass das Geld den Polen zusteht und notwendig ist, unabhängig davon, wer darüber verfügen wird. Die stärkste Oppositionsfraktion, die liberale Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska – KO*), hat dagegen dem Landesaufbauplan ihre Zustimmung verweigert und der Regierung vorgeworfen, mit den erhaltenen EU-Mitteln die Wähler im anlaufenden Wahlkampf für die Parlamentswahlen 2023 kaufen zu wollen.

Das waren und sind keine grundlosen Vorwürfe und Verdächtigungen. Experten und Journalisten haben gezeigt, dass die Regierung schon früher deutlich großzügiger diejenigen Gemeinden und Regionen mit Landesmitteln bedachte, deren Einwohner die *PiS* gewählt hatten, und denjenigen die Unterstützung versagte, in denen die Opposition gesiegt hatte. Sowohl in der Oppo-

sition als auch unter unabhängigen Kommentatoren ist die Überzeugung verbreitet, dass die *PiS* es ähnlich mit den Finanzmitteln der Europäischen Union handhaben könnte und sie entsprechend der Unterstützung für ihre Partei und der Wachstumschancen für die Unterstützungsquoten verteilen und dabei Empfehlungen und Vorgaben der EU-Institutionen ignorieren könnte, so wie es aktuell bei der EU-Rechtsprechung der Fall ist.

Einige oppositionelle polnische Europaabgeordnete unterstützen die Europäische Kommission in aller Deutlichkeit und fordern, dass von der polnischen Regierung rigoros die Erfüllung der Bedingungen für die Auszahlung des Aufbaufonds verlangt wird, was auch die großen Fraktionen im Europäischen Parlament vertreten, deren Mitglieder sie sind. Auch bei Straßendemonstrationen zur Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit tauchte der Slogan auf »EU, lass nicht locker!«

Die antideutsche Kampagne und die angelsächsische Option

Die Anti-EU-Kampagne des Regierungslagers und seiner Funktionäre wird von einer immer stärker werdenden antideutschen Kampagne begleitet. Ihre Grundlage ist die These von der deutschen Dominanz, ja sogar Hegemonie in der Europäischen Union, die sich angeblich infolge einer vertieften Integration noch verstärken soll, was sich in der gemeinsamen Finanzpolitik – Vergemeinschaftung der Schulden, wie es im Aufbauprogramm angelegt ist – bereits ankündigt.

So fordert die polnische Regierung die Auszahlung der Finanzmittel aus den beteiligten Fonds, deren Beschluss sie jedoch als zunehmende Integration der Europäischen Union interpretiert, was sie wiederum ablehnt wegen der angeblich daraus resultierenden wachsenden Bedeutung Deutschlands, das auf diese Weise Einfluss auf das polnische politische System gewinnen soll. Das polnische Regierungslager will also einerseits die Folgen der europäischen Integration nutzen, insbesondere die gemeinschaftlichen Fonds, andererseits wendet es sich gegen die Integration und bekämpft sie mit Propaganda. Kaczyński hat im August in einem Zeitungsinterview behauptet, dass die Europäische Union Polen »zerbrechen und zur vollkommenen Unterwürfigkeit gegenüber Deutschland zwingen« will. Dazu soll angeblich gehören, Polen zum Verzicht auf die eigene Währung zu zwingen und den Euro einzuführen. (So hat es in einer öffentlichen Äußerung auch der Präsident der Polnischen Nationalbank, Adam Glapiński, dargestellt, der zu den absolut loyalen Staatsfunktionären um Kaczyński herum gehört, mit dem er seit Beginn der 1990er Jahre politisch zusammenarbeitet.)

Indessen bleibt Deutschland der wichtigste Wirtschaftspartner Polens. Das heißt, sowohl die Schwächung der deutschen Wirtschaft als auch die Verschlech-

terung der deutsch-polnischen Beziehungen hätten negative Folgen für die polnische Wirtschaft, die ohnehin schon am Rande der Rezession steht.

Die an Besessenheit grenzende Anti-EU- und anti-deutsche Kampagne des Regierungslagers und seiner regierungsfreundlichen Medien wird von permanenten Angriffen auf Donald Tusk, ehemaliger Ministerpräsident Polens sowie Präsident des Europäischen Rates und aktuell Parteichef der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*), der größten Oppositionspartei in Polen. Dargestellt wird er als Diener europäischer und deutscher, aber nicht polnischer Interessen.

Ein weiterer Bestandteil der antideutschen Kampagne ist, an die Verluste infolge des Zweiten Weltkrieges zu erinnern und den Deutschen vorzuhalten, dass keine Entschädigung erfolgt sei (es wurde dazu sogar eine eigene Arbeitsgruppe unter der Leitung eines *PiS*-Abgeordneten eingesetzt). Hier tauchen Fragen nach Kriegsschadensreparaturen auf, die Polen angeblich immer noch von deutscher Seite zustehen. Dabei werden Bilder von aktuellen Zerstörungen durch die russischen Streitkräfte in der Ukraine eingesetzt, mit dem Ziel, daran zu erinnern, was Polen während des Zweiten Weltkrieges erlitten hat.

Das Regierungslager profitiert zweifellos davon, dass Deutschlands Ruf erschüttert wurde, da die Haltung des Bundeskanzlers und der Bundesregierung gegenüber dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine allgemein als zögerlich und nicht überzeugend wahrgenommen wird. Im Vergleich zu der spontanen und enthusiastischen Unterstützung, die der ukrainischen Regierung, der Armee und den Flüchtlingen vonseiten der polnischen Bevölkerung und Regierung entgegengebracht wurde, wird das Verhalten mancher offizieller und meinungsbildender Kreise in Deutschland mit Verwunderung oder gar Empörung in Polen registriert. Hier kann die polnische Regierung auf Verständnis in der polnischen Gesellschaft bauen, die eindeutig und einmütig (bis auf marginale Ausnahmen) proukrainisch und antirussisch ist. Berechnungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zufolge gehört Polen zu den Spitzenreitern der Staaten, die die Ukraine auf vielerlei Weise unterstützen (nur Estland und Lettland liegen bezogen auf den Anteil der Hilfsmaßnahmen am Bruttoinlandsprodukt vor Polen).

Ambivalente Reaktionen folgten in Polen – auch in unabhängigen politischen und meinungsbildenden Kreisen – auf die Äußerungen von Bundeskanzler Olaf Scholz (Nachdruck seines Artikels in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 18. Juli 2022) über die Vertiefung der europäischen Integration und die Verbesserung der EU-internen Entscheidungsprozesse durch Aufhebung des Prinzips der Einstimmigkeit. Die uneindeutigen Haltungen und die Zögerlichkeit verschiedener deutscher politischer und meinungsbildender Kreise

gegenüber der russischen Aggression gegen die Ukraine nähren hier Befürchtungen: Wenn Polen und die baltischen Staaten keine Vetomöglichkeit gegen Entscheidungen mehr hätten, könnten die Entscheidungsgremien der EU eine Verständigungspolitik mit Russland über ihre Köpfe hinweg und ohne Berücksichtigung ihrer Interessen einführen. Der renommierte polnische Politologe Eugeniusz Smolar hat in einem offenen Brief an Bundesaußenministerin Annalena Baerbock nach ihrem Auftritt an der New Yorker New School am 2. August 2022 darauf aufmerksam gemacht, dass der Aufruf, das Prinzip der Einstimmigkeit aufzugeben, im Juni 2021 vom damaligen Außenminister Heiko Maas vorgebracht worden war, als Reaktion auf die Blockadehaltung einiger EU-Staaten gegenüber der deutsch-französischen Idee, direkte Gespräche mit dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin zu führen.

Ein weiterer Streitpunkt in den Beziehungen zwischen Polen und europäischen und deutschen Institutionen wurde die Frage der Touristenvisa für Russen für Einreisen in die Europäische Union. Auf Instagram und Facebook verbreitete Fotos von russischen Touristen, die Erholung in europäischen Ferienorten genießen, wahrgenommen auch von den deutschen Medien, empörten die öffentliche Meinung in Polen sowie den baltischen und den skandinavischen Ländern. Der Vorschlag, die Ausgabe von Touristenvisa an russische Staatsbürger einzustellen, rief in Deutschland und anderen EU-Staaten jedoch Widerstand hervor.

Leider scheinen manche deutschen meinungsbildenden und entscheidungsbefugten Kreise nicht zur Kenntnis zu nehmen, dass Polen für Deutschland ein weitaus wichtigerer Handelspartner ist als Russland. Das gilt sowohl für den Import (Polen lag im Jahr 2021 mit 69 Milliarden Euro auf Platz vier gegenüber Russland mit 33 Milliarden Euro auf Platz zwölf) als auch für den deutlich größeren Exporthaushalt (Polen auf dem fünften Platz mit 78 Milliarden Euro gegenüber Russland auf Rang 14 mit 27 Milliarden Euro). Die Bedeutung Russlands in der deutschen Politik im Vergleich zum Gewicht, das Polen beigemessen wird, schien und scheint manchmal immer noch umgekehrt proportional zu den genannten Zahlen zu sein. Das erleichtert dem polnischen Regierungslager und den regierungsfreundlichen Medien, seine antideutsche Kampagne zu führen.

Einen gewissen Einfluss auf die Gestaltung und Präsentation der deutsch-polnischen Beziehungen hat die seit Juli 2022 beobachtete Verschmutzung der Oder, die eine ökologische Katastrophe im deutsch-polnischen Grenzfluss nach sich zieht. Da der Austritt der giftigen Substanzen im polnischen Teil der Oder auftrat und die Folgen auch das deutschen Gewässer und Ufergebiet betrafen, konnten die polnischen Regierungskreise nur schwerlich die Narration aufrecht erhalten, dass

die Deutschen den Polen das Leben vergifteten und vergiften.

In der aktuellen Situation, die Russland durch seinen Angriff auf die Ukraine hervorgerufen hat, richtet die polnische Regierung ihre Politik und ihre Hoffnungen weniger auf die EU als auf die NATO aus, insbesondere auf die USA und Großbritannien, die eine Führungsrolle im Bereich der militärischen Hilfe für die Ukraine und bei den Erklärungen, diese bis zum Sieg über Russland fortzuführen, einnehmen. Diese Haltung stößt in der öffentlichen Meinung Polens auf allgemeine Zustimmung.

Dagegen kam es vor dem Hintergrund der russischen Aggression zu einer deutlichen Verschlechterung der Beziehungen zu Ungarn, das bisher der wichtigste politische Verbündete, in vielen Fragen der einzige, war. Die polnische Regierung forciert auch die Kontakte mit den rechten Populisten in Westeuropa ein, die vor dem russischen Angriff intensiv entwickelt worden waren, da sich diese vor allem aus Putin-Verstehern oder gar dessen Unterstützern zusammensetzen. Dennoch fasst die *PiS* hoffnungsvoll einen möglichen Sieg der Rechten bei den vorgezogenen Wahlen in Italien ins Auge.

Die Perspektive der Regierungsübernahme durch die Opposition

Wenn die Opposition die Parlamentswahlen im kommenden Jahr gewinnt (vier Oppositionsparteien erhalten in den Umfragen zusammen mehr Unterstützung als die *PiS*, insbesondere wenn sie mit einer gemeinsamen Liste antreten), ist der Erhalt der EU-Finanzmittel realistisch, denn alle oppositionellen Gruppierungen haben in einer gemeinsamen Erklärung bekräftigt, die von der aktuellen Regierung bereits vollzogenen Änderungen im Gerichtswesen aufzuheben und dem polnischen politischen System wieder die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zurückzugeben. Die Umsetzung der Anforderungen der Europäischen Kommission zöge nach sich, dass die mit ihr ausgehandelten Finanzmittel freigegeben werden. Die Vereinbarung mit der EU sieht vor, dass Polen bis Ende 2023 Zeit hat, die Mittel zu erhalten, und bis 2026, sie auszugeben.

Ein Hindernis könnte allerdings die Haltung von Präsident Duda sein. Seine Amtszeit dauert bis 2025 und er besitzt das Vetorecht bei Gesetzen, die das Parlament beschlossen hat. Hinzu kommt, dass das Verfassungstribunal, das Gesetze infrage stellen kann, vollständig dem Willen und den Interessen der *PiS* untergeordnet ist. Bisher hat Duda die Änderungen im Gerichtswesen befürwortet und bestätigt und unrechtmäßig Richter sowie Mitglieder des Verfassungstribunals vereidigt. Die Befürchtung ist also berechtigt, dass er es in einer möglichen künftigen Koalition aus den Gruppierungen der jetzigen Opposition erschweren oder sogar unmöglich machen könnte, Entscheidungen umzusetzen, mit denen

von der *PiS* eingeführte Änderungen im Justizsystem zurückgenommen würden, die ja auf seiner einst gegebenen Zustimmung beruhen. Dann wäre auch die Freisetzung der Mittel aus dem EU-Aufbauplan weiter blockiert.

Eines der Hauptthemen in der öffentlichen Debatte in Polen ist also die Art und Weise, wie die Rechtsstaatlichkeit wiederhergestellt werden kann, wenn Schlüsselinstitutionen entmündigt oder außerstaatlichen bevollmächtigten Akteuren und entscheidungsbefugten Kreisen untergeordnet sind (formal hat Jarosław Kaczyński keine andere Funktion außer sein Mandat als einfacher Parlamentarier). Die Möglichkeit, abzuwarten bis die Amtszeit von wichtigen Funktionären des Staatsapparates ausläuft, auch wenn sie vom aktuellen Regierungslager unrechtmäßig oder infolge von Rechtsmissbrauch berufen wurden, bedeutet, mehrere Jahre in einer Sackgasse zu verharren. Diese Option stößt auf den Vorschlag, alle diejenigen ihrer Ämter zu entheben, die diese unter Zuhilfenahme prozeduraler Verstöße erhalten haben. Unklar ist hier, wer solche Verstöße feststellen soll, wenn die wichtigen Justizinstitutionen mit Akteu-

ren besetzt sind, die gegenüber der aktuellen Regierung loyal sind und deren Interessen realisieren.

Die polnische Wirtschaft, die sich bisher dynamisch entwickelt hat (5,9 Prozent Wachstum im Jahr 2021), zeigt Symptome der Verlangsamung. Auf's Jahr gerechnet wird die Inflation 15 Prozent wohl übersteigen und es gibt Anzeichen, dass die wirtschaftliche Aktivität zurückgeht – im zweiten Quartal 2022 wurde im Vergleich zum ersten Quartal der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts festgestellt und die polnische Währung schwächtelt. Die finanziellen Mittel des europäischen Aufbaufonds wären also sehr nützlich. Sollten sie nicht freigegeben werden, könnte die polnische Wirtschaft in eine Rezession geraten. Wenn dies in den nächsten Monaten eintritt, wächst die Wahrscheinlichkeit, dass die *PiS* die Parlamentswahlen 2023 verliert. Wenn sich die Rezession aber erst nach dem Wahlsieg der jetzigen Opposition entfaltet, kann es sein, dass diese für sie und ihre Folgen verantwortlich gemacht wird.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Dr. habil. *Janusz A. Majcherek*, Krakau (Kraków), Akademie WSB (*Akademia Wyższa Szkoła Biznesu*) in Dąbrowa Górnicza, Professor für Philosophie und Soziologie und Kommentator in unabhängigen polnischen Medien.

DOKUMENTATION

Offizielle Website der Regierung der Republik Polen: Über den Landesaufbauplan

Der Landesplan für Aufbau und Stärkung der Resilienz (*Krajowy Plan Odbudowy i Zwiększania Odporności – KPO*) ist ein Programm, das sich aus 54 Investitionen und 48 Reformen zusammensetzt. Es wird die polnische Wirtschaft stärken und bewirken, dass sie Krisen leichter schultern wird.

Wir erhalten 158,5 Milliarden Zloty – das sind 106,9 Milliarden Zloty in Form von Zuwendungen und 51,6 Milliarden Zloty in Form von Vorzugsdarlehen.

Den Zielen der EU gemäß bestimmen wir einen bedeutenden Teil der Mittel für Klimaziele (42,7 Prozent) sowie für die digitale Transformation (20,85 Prozent).

Die finanziellen Mittel aus dem *KPO* helfen uns, schneller die genannten Ziele zu erreichen. Dank ihnen werden wir neue Investitionen realisieren, das Wirtschaftswachstum beschleunigen und die Beschäftigung erhöhen. Die Mittel werden wir u. a. in wirtschaftliche Entwicklung, Innovationen, Umwelt, Digitalisierung, Bildung und Gesundheit investieren.

[...]

Der *KPO* fügt sich in die Empfehlungen des Europäischen Rates für Polen (*Corporate Social Responsibility – CSR*) sowie in das Landesreformprogramm (*Krajowy Program Reform*) ein. Er umfasst Reformen und Investitionen, die am 1. Februar 2020 begannen und bis zum 31. August 2026 beendet sein werden.

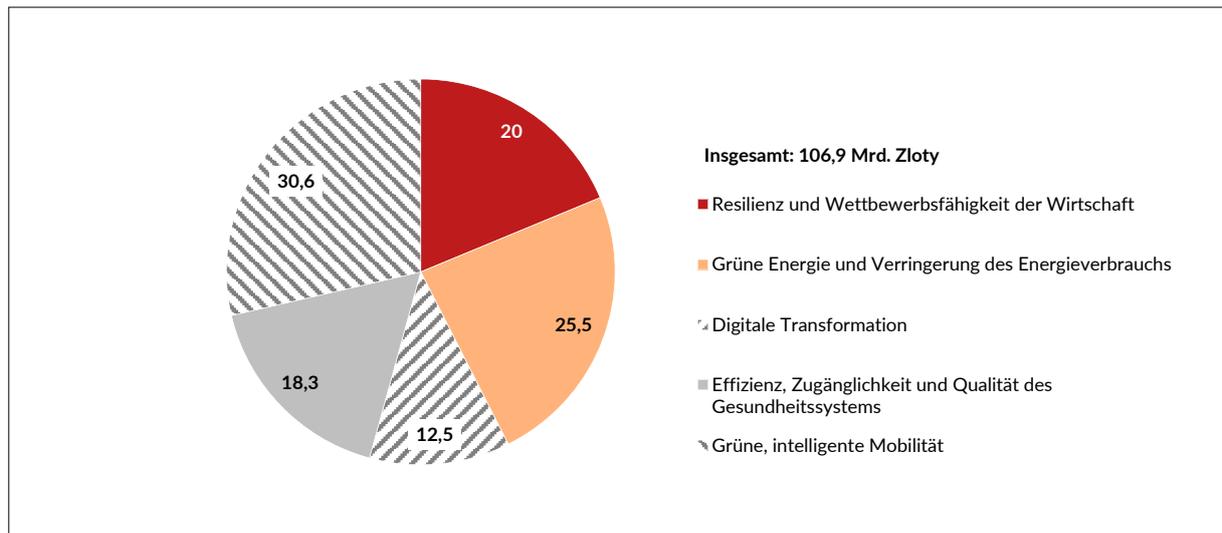
Die finanziellen Mittel des *KPO* kommen aus dem europäischen Fonds für Aufbau und Stärkung der Resilienz (*Recovery and Resilience Facility – RRF*). Um sie zu erhalten, muss Polen mit der Europäischen Kommission einen Ver-

trag für den Teil der Zuschüsse sowie einen Vertrag für den Teil des Darlehens unterzeichnen. Die Rückzahlung des Kredits muss spätestens nach 30 Jahren abgeschlossen sein, d. h. bis zum Jahr 2058.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

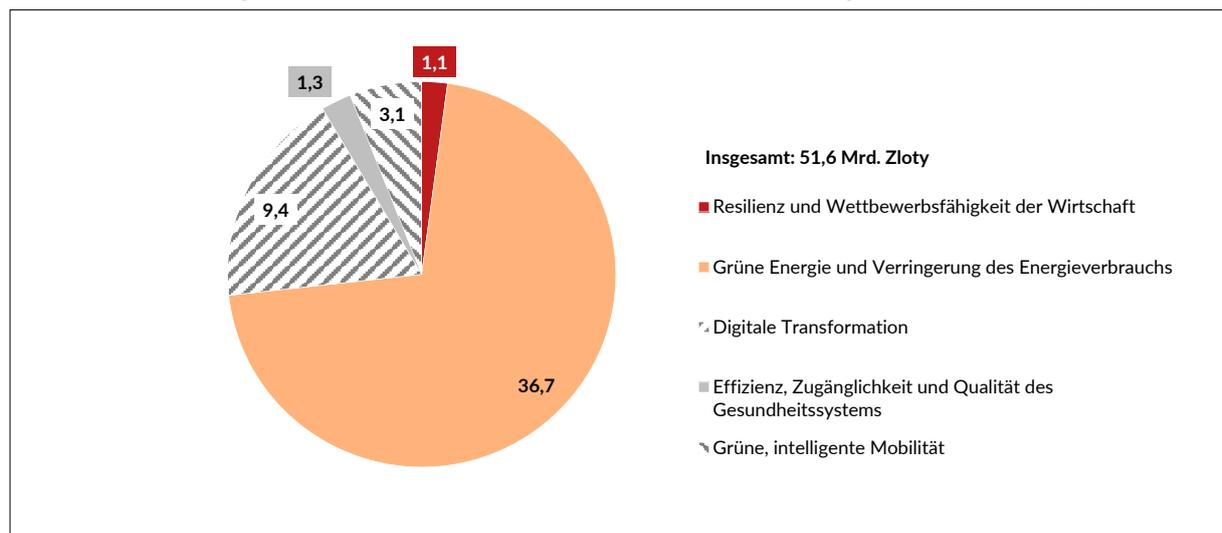
Quelle: <https://www.gov.pl/web/planodbudowy/o-kpo> (abgerufen am 15.09.2022).

Grafik 1: Aufteilung der finanziellen Mittel des Landesaufbauplans – Zuwendungen (Mrd. Zloty)



Quelle: <https://www.gov.pl/web/planodbudowy/o-kpo> (abgerufen am 15.09.2022).

Grafik 2: Aufteilung der finanziellen Mittel des Landesaufbauplans – Vorzugsdarlehen (Mrd. Zloty)



Quelle: <https://www.gov.pl/web/planodbudowy/o-kpo> (abgerufen am 15.09.2022).

Die Europäische Kommission: Grundlagen für den Wiederaufbau schaffen – Polen

Juni 2022

Der Aufbau- und Resilienzplan Polens

Die Europäische Kommission hat den von Polen vorgestellten Plan für Aufbau und Stärkung der Resilienz positiv beurteilt, dessen Realisierung mit einer Summe von 23,9 Milliarden Euro in Form von Zuwendungen und 11,5 Milliarden Euro in Form von Darlehen finanziert werden wird.

Die Maßnahmen des Instruments für Aufbau und Stärkung der Resilienz – ein zentraler Bestandteil des Programms *NextGenerationEU* – ermöglichen bis zum Jahr 2026 die Umsetzung von Schlüsselinvestitionen und -reformen, die von Polen vorgeschlagen wurden. Die geplanten Maßnahmen werden Polen helfen, aus der COVID-19-Pandemie stärker hervorzugehen.

Der Plan Polens ist Teil einer beispiellosen koordinierten **Reaktion der Europäischen Union auf die Krise infolge der COVID-19-Pandemie**, die zum Ziel hat, die gemeinsamen europäischen Herausforderungen zu bewältigen, indem die grüne und die digitale Transformation realisiert und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Resilienz sowie die Kohäsion des gemeinsamen Marktes gestärkt werden. Im Besonderen wird der Plan für Polen die Digitalisierung voranbringen und dank der Verbesserung der Luftqualität und der Entwicklung erneuerbarer Energiequellen zum Klimaschutz beitragen; außerdem wird er die Verbesserung von Leistungen im Gesundheitssystem ermöglichen und die Unabhängigkeit des Gerichtswesens stärken.

Wichtige Maßnahmen für das Ziel, die grüne Transformation in Polen zu sichern

42,7 Prozent aller Finanzmittel für Reformen und Investitionen im Rahmen des Plans tragen zur Realisierung von Klimazielen bei

- **Erneuerbare Energiequellen:** Finanzierung des Baus von Offshorewindparks in der Ostsee und einer Terminal-Infrastruktur; Investitionen in Anlagen für erneuerbare Energien und in die Energiespeicherung; Reformen, die Investitionen in Windkraftanlagen an Land ermöglichen; Unterstützung für neue Niedrigemissions-Wasserstofftechnologien; Reformen, die dazu dienen, Engpässe beim Stromimport zu eliminieren. **5 Milliarden Euro**
- **Mobilität im Einklang mit den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung:** Verdopplung der Anzahl emissionsfreier Fahrzeuge bis 2026; Modernisierung von 478 Kilometer Schienennetz; ein stärker ökologisch ausgerichteter Öffentlicher Personennahverkehr; Vergrößerung des Anteils des Schienenverkehrs zu Lasten des Straßenverkehrs; Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr. **7,5 Milliarden Euro**
- **Verbesserung der Luftqualität:** Unterstützung für breit angelegte Renovierungen zugunsten der Energieeffizienz von Wohn- und öffentlichen Gebäuden sowie schrittweiser Abbau der öffentlichen Unterstützung für Kohleheizungen; verpflichtende Anforderungen für Festbrennstoffe mit dem Ziel, die Luftverschmutzung zu verringern. **3,5 Milliarden Euro**

Wichtige Maßnahmen zur Unterstützung der digitalen Transformation Polens

21,3 Prozent aller Finanzmittel für Reformen und Investitionen im Rahmen des Plans tragen zur Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben bei

- **Zugang zur Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum:** Sicherstellung eines Zugangs zum Breitbandnetz für 931.000 Haushalte bis zum Jahr 2026; Beschleunigung der Inbetriebnahme des 5G-Netzes im ganzen Land. **2,6 Milliarden Euro**
- **Digitale Kompetenz im digitalen Zeitalter:** Unterstützung für Informations- und Kommunikationstechnologie-Geräte für Schulen und Lehrer; Investitionen zur Förderung der digitalen Kompetenzen auf breiter Ebene. **734 Millionen Euro**
- **Digitale Dienstleistungen:** Investitionen in digitale Dienstleistungen, die Bürgern und Unternehmen von der öffentlichen Verwaltung bereitgestellt werden. **420 Millionen Euro**
- **Cybersicherheit:** Stärkung der Fähigkeiten des Staates im Bereich der Cybersicherheit und der Sicherung der Infrastruktur zur Datenspeicherung. **443 Millionen Euro**

Wichtige Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Resilienz Polens

- **Bessere Rechtssetzung:** Einführung der Erfordernis, Folgenabschätzungen und öffentliche Beteiligungen in den Prozess der Rechtssetzung aufzunehmen; Bestellung eines Ausschusses unter Beteiligung von gesellschaftlichen Partnern mit dem Ziel, die effiziente Umsetzung des Plans mit einem Monitoring zu begleiten.

- **Stärkung wesentlicher Aspekte der Unabhängigkeit des Gerichtswesens:** Reform des Systems der disziplinarischen Verantwortung der Richter; Verbesserung der Situation der Richter, die von Entscheidungen der Disziplinarkammer beim Obersten Gericht betroffen sind.
- **Verbesserung der Teilhabe am Arbeitsmarkt sowie Vergrößerung des Zugangs zur Kinderbetreuung und ihrer Qualität:** Groß angelegte Investitionen in Kinderbetreuungsstätten und Reform zur Verbesserung der Ausbildungsstandards sowie Anreize zur freiwilligen Verlängerung der Berufstätigkeit. **381 Millionen Euro**
- **Verbesserung des Zugangs und der Qualität der Gesundheitsdienste:** Reform des Krankenhaussektors und damit verbundene Investitionen; finanzielle Mittel für die Bereiche digitale Gesundheit, medizinische Untersuchungen sowie langfristige Betreuung. **4,4 Milliarden Euro**

Die Umsetzung des Plans

- Keine der im Plan vorgesehenen Maßnahmen verursacht ernste Schädigungen der Umwelt.
- Die betreffenden Seiten sollten im weiteren Verlauf an der Umsetzung des Plans für Aufbau und Stärkung der Resilienz teilnehmen, was das Gefühl der Verantwortung für die Reformen gewährleistet.
- Die finanziellen Mittel werden bei Erreichen der Ziele ausgezahlt und werden die Fortschritte bei der Realisierung der im Plan dargestellten Reformen und Investitionen widerspiegeln.
- Kontrollsysteme garantieren den Schutz vor ernststen Regelverstößen wie finanzieller Missbrauch, Korruption und doppelte Finanzierung.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2022

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate
Hervorhebungen im Original.*

Quelle: https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/recoveryandresilience_poland-factsheet_pl.pdf (abgerufen am 12.09.2022).

CHRONIK

06. – 19. September 2022

06.09.2022	Nach vorläufigen Schätzungen betrug die Arbeitslosenquote im August 2022 unverändert wie im Juni und Juli 4,9 %.
07.09.2022	Aktuellen Untersuchungen der Arbeitsvermittlungagentur Gremi Personal (Danzig/Gdańsk) zufolge beabsichtigen 22 % der ukrainischen Flüchtlinge in Polen, in den kommenden drei Monaten in die Ukraine zurückzukehren. 35 % bereiten sich darauf vor, mindestens ein Jahr in Polen zu leben. 36 % wollen nach dem Ende des russischen Angriffskrieges in die Ukraine zurückgehen. 17 % planen keine Rückkehr in die Ukraine.
09.09.2022	Przemysław Czarnek, Minister für Bildung und Wissenschaft, spricht sich dafür aus, dass der von der Regierungskoalition am 1. September zur Kenntnis genommene Bericht über Verluste, die Polen von Deutschland im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg zugefügt wurden, im Schulunterricht behandelt werden soll. Die Höhe der im Bericht genannten Schäden wird mit 1,5 Bio. US-Dollar beziffert.
11.09.2022	Nach aktuellen Daten der Staatlichen Feuerwehr (Państwowa Straż Pożarna – PSP) wurde die PSP im Jahr 2022 bisher zu mehr als 6.000 Waldbränden gerufen. Das ist ein Anstieg um mehr als die Hälfte im Vergleich zum gesamten Jahr 2021. Der Schaden wird auf 43 Mio. Zloty geschätzt. Die meisten Waldbrände entstanden in der Woiwodschaft Masowien (województwo mazowieckie), Großpolen (woj. wielkopolskie), Lebuser Land (woj. lubuskie) sowie Lodz (woj. łódzkie).
12.09.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak trifft sich in Warschau mit seinem dänischen Amtskollegen Morten Bødskov. Thematisiert werden die Sicherheit im Ostseeraum, die Fortsetzung der Unterstützung für die Ukraine und die Stärkung der polnisch-dänischen militärischen Zusammenarbeit.

13.09.2022	Die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) bringt einen Beschlussentwurf zur Frage der Weltkriegsreparationen an Polen in den Sejm ein. Reparationsforderungen werden demnach nicht nur an Deutschland, sondern auch an Russland, als Nachfolgestaat der UdSSR, gerichtet. Das Regierungslager hat am 1. September einen Bericht vorgelegt, der sich ausschließlich mit den vom nationalsozialistischen Deutschland verursachten Schäden für Polen befasst. Sie werden mit 1,5 Bio. US-Dollar beziffert.
15.09.2022	In seiner Laudatio bei der Preisverleihung des M100 Media Award in Potsdam ruft Donald Tusk, Parteichef der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und ehemaliger Ministerpräsident sowie EU-Ratspräsident, Deutschland dazu auf, mehr schwere Waffen an die Ukraine zur Unterstützung gegen den russischen Angreifer zu liefern. Tusk mahnt, zu der Verantwortung, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg für Deutschland heute ergebe, gehöre die eindeutige und entschlossene militärische Hilfe für die Ukraine sowie außerdem eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Entschädigungsfragen der Nationen, die am stärksten unter dem Nationalsozialismus gelitten hätten.
16.09.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak unterzeichnet auf dem Luftwaffenstützpunkt in Mińsk Mazowiecki den Vertrag mit Südkorea über die Lieferung von 48 Kampffjets des Typs FA-50. Die ersten Flugzeuge sollen bereits 2023 nach Polen geliefert werden. Dies sei ein Generationensprung für die polnische Luftwaffe, die noch über postsowjetische Flugzeuge verfüge, so Błaszczak. Der Vorvertrag mit Südkorea wurde Ende Juli unterzeichnet.
17.09.2022	Präsident Andrzej Duda ernennt elf Richter für die Kammer für berufliche Verantwortung beim Obersten Gericht (Sąd Najwyższy – SN). Die Kammer ersetzt die Disziplinarkammer beim SN. Deren Auflösung gilt als einer der sog. Meilensteine, welche die Europäische Kommission Polen als Bedingung für die Auszahlung von EU-Geldern aus dem Aufbaufonds (zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie) gesetzt hat. Der Kritikpunkt der Europäischen Kommission war, dass die Disziplinarkammer die richterliche Unabhängigkeit beeinträchtigt. Die Opposition warnt vor einem Etikettenschwindel.
19.09.2022	Sławomir Broniarz, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polnischen Lehrerschaft (Związek Nauczycielstwa Polskiego – ZNP), teilt mit, dass am 15. Oktober eine Demonstration in Warschau geplant ist. Zurzeit laufen bereits lokale Protestaktionen. Gründe sind die überfrachteten Lehrpläne, die zu wenig Zeit für den einzelnen Schüler ließen, der damit einhergehende Verlust der Unterrichtsqualität, Lehrermangel und Überstunden infolge von Vertretungsstunden. Broniarz kritisiert, dass Bildungs- und Wissenschaftsminister Przemysław Czarnek das Gespräch mit der ZNP verweigert.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

🐦 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>